

06. Mai 2009

Beschlussantrag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge folgende Resolution beschließen:

Resolution der Stadtverordnetenversammlung Zossen gegen die Schließung der Polizeiwache Zossen und gegen den weiteren Personalabbau

Nein zur Schließung der Polizeiwache Zossen

Die Stadtverordnetenversammlung Zossen fordert alle im Landtag vertretenen demokratischen Parteien auf, sich für die Rücknahme der Schließungspläne der Polizeiwache Zossen und gegen den weiteren Abbau von Polizeikräften auszusprechen.

Bis Ende 2009 soll die Polizeiwache in Zossen geschlossen werden bzw. entschieden werden wie und wann die Wache geschlossen wird. Dann wird es nur noch 48 Polizeiwachen im Land Brandenburg geben. Zudem sollen 585 Stellen bis 2009 bei der Landespolizei abgebaut werden und weitere 350 sollen bis 2012 folgen.

Es wird weniger Bürgernähe geben, weniger Polizeipräsenz auf den Straßen, und es wird länger dauern, bis die Polizei **vor Ort** an einem Tatort sein wird. Das subjektive Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger wird weiter beeinträchtigt.

Zossen ist auf Grund der Berlinnähe und der Bahn-Anbindung ein Schwerpunktbereich für Kriminalität. Allein im Bereich der Polizeiwache Zossen wurden im Jahr 2005 3348 Straftaten erfasst. Erschwerend ist der seit 2008 zunehmende Rechtsextremismus im Schutzbereich.

Die Schließung der Polizeiwache und der Personalabbau bei der Polizei wird zwangsläufig Auswirkungen auf die Verbrechensbekämpfung und die Aufklärungsquote im Schutzbereich Zossen haben. Deshalb ist der Abbau von Stellen bei der **Schutz- und Kriminalpolizei** weder vertretbar noch akzeptabel.

Der Landtag wird aufgefordert, die Schließungspläne der Polizeiwache Zossen zurückzunehmen und die Stellenstreichung bei der Kriminalpolizei zu stoppen.

Carsten Preuß
Fraktionsvorsitzender

SVV am 08.07.2009, einstimmig beschlossen mit 23/0/0